Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 19 (1917)

Artikel: Gefährlicher Optimismus
Autor: Nippold, O.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-751043

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GEFÄHRLICHER OPTIMISMUS

Auch im politischen Leben muss man es leider nur zu oft beobachten, dass der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Und zwar nicht etwa bloß bei Leuten, die die Politik nur von ferne — durch das Medium ihres täglichen Leibblattes — betrachten, sondern merkwürdigerweise auch bei Männern, die mitten im politischen Leben drin stehen und also Gelegenheit hätten, alle Äußerungen desselben aus nächster Nähe zu verfolgen und sich von den ausschlaggebenden Faktoren und Strömungen Rechenschaft abzulegen. Die Folge davon ist, dass man in der Politik zu allen Zeiten unverbesserlichen Optimisten begegnet, die sich auch durch noch so eindringlich zu ihnen redende Tatsachen nicht belehren lassen. Es liegt mir nun durchaus fern, hier etwa gegen den politischen Optimismus im allgemeinen zu Felde ziehen zu wollen. Wir brauchen einen zuversichtlichen Optimismus in der Politik sogar notwendig, ich möchte sagen, so notwendig, wie wir im bürgerlichen Leben das tägliche Brot brauchen. So gut wie es stets Pessimisten und Skeptiker gegeben hat, geben wird und geben muss, so gut bedarf es auch zu allen Zeiten der Optimisten. Die leitenden Politiker und Staatsmänner sollen eben auf einer so hohen Warte stehen, dass sie den Wert der verschiedenen Strömungen gegeneinander abzuwägen wissen. Sie werden dem in einer bestimmten Zeitepoche vielleicht vorherrschenden Optimismus unter Umständen ebenso sehr ein dankbares Ohr zu leihen haben, wie sie sich unter anderen Umständen auch skeptischen Erwägungen nicht verschließen dürfen. Wenn nicht alles trügt, so gehen wir im übrigen gerade jetzt einer Epoche entgegen, in der ein gewisser Optimismus in der Politik nicht nur unentbehrlicher, sondern auch berechtigter ist, als vielleicht jemals vorher in der Weltgeschichte.

Doch das alles wollte ich hier eigentlich gar nicht sagen. Ich habe es nur vorausgeschickt, um mich im voraus gegen den Vorwurf zu verwahren, als ob ich vielleicht beabsichtigte, den Optimismus in der Politik überhaupt zu verdammen. Was ich beabsichtige, ist aber etwas ganz anderes. Ich möchte lediglich auf gewisse Erscheinungen hindeuten, die zeigen, wie *gefährlich* unter Umständen ein *unberechtigter* Optimismus werden kann. Wobei es sich ganz von selbst versteht, dass man mit derselben Berech-

tigung auch vor einem ungerechtfertigten Skeptizismus warnen könnte. Das große Geheimnis aller praktischen Politik wird zu allen Zeiten eben *Maßhalten* heißen. Die Heißsporne nach der einen oder andern Seite sind meist nicht Leute, die selbst in der praktischen Politik gestanden haben. Erst der Staatsmann lernt es meist, den Wert des obigen Wortes in seiner ganzen Bedeutung zu schätzen. —

Den beiden Extremen des zu weit gehenden Optimismus und Pessimismus sind wir während dieser Kriegszeit auch bei uns in der Schweiz begegnet. Ich möchte dabei nur an unser wichtigstes innerpolitisches Problem erinnern: an das *Verhältnis der welschen zur deutschen Schweiz.* Es gab Pessimisten, die bereits alles auseinanderfallen sahen. Und es gibt heute Optimisten, die meinen, dass alles bereits wieder gut sei. Das eine ist gerade so verkehrt, wie das andere. Ich meinerseits habe niemals an die Möglichkeit eines Auseinanderfallens geglaubt. Aber ich halte es doch für ebenso verkehrt, wenn man jetzt bei uns glaubt, dass alles wieder gut sei. Hier beginnt eben das, was ich oben als unberechtigten Optimismus bezeichnet habe, ein Optimismus, der gefährlich ist, weil er eine Wunde zudecken möchte, bevor sie geheilt ist. Man darf sich in der deutschen Schweiz keinen Illusionen darüber hingeben, dass das Misstrauen, das man in der welschen Schweiz nicht ohne Grund gefasst hat, heute noch keineswegs beseitigt ist, sondern dass es im Gegenteil langer ernster Arbeit bedürfen wird, um das Vertrauensverhältnis wieder herzustellen — einer Arbeit, die man auf deutsch-schweizerischer Seite aber nicht, wie bisher meist, nur gegenüber den welschen Miteidgenossen für nötig erachten sollte, sondern die man zunächst sich selbst angedeihen lassen muss. Nur auf dem Wege der *Selbsteinkehr* wird man den Weg des Vertrauens wieder finden. Wenn man sich in der deutschen Schweiz also erst einmal *dazu* entschlossen haben wird, sich einer solchen Selbstprüfung zu unterziehen, *dann* wird es verhältnismäßig leicht sein, den Graben zu überbrücken, aber vorher nicht.

Lediglich mangelnde Selbsterkenntnis hat bisher an dieser Überbrückung gehindert. Sobald diese einmal vorliegen wird, wird man auch das Trennende leicht erkennen. Es bedarf aller der gelehrten Abhandlungen über „die Überbrückung des Grabens", die man in unseren Zeitschriften lesen konnte, in Wirk-

lichkeit gar nicht. Denn die Sache ist ja so furchtbar einfach! Man muss nur damit aufhören, den Welschen alles in die Schuhe zu schieben, und muss sich selbst einmal ernsthaft ins Verhör nehmen. Dann wird man verschiedene Dinge, die zur Entfremdung Anlass gegeben haben, ohne weiteres herausfinden. Um nur eines davon zu nennen: Man wird dann erkennen, dass man in der deutschen Schweiz das *Rechtsgefühl* der Bevölkerung in diesem Kriege doch gar zu sehr als eine quantité negligeable angesehen hat. Wenn wir Deutschschweizer unsere Achtung vor dem Recht etwas deutlicher zu erkennen geben und gewissen Machttheorien, wie sie neuerdings sogar von schweizerischen Historikern verzapft werden, etwas deutlicher entgegentreten wollten, dann würde der „Graben" schon sehr bald um vieles kleiner erscheinen. So weit sind wir aber heute noch nicht! Und deshalb ist es ein gefährlicher Optimismus, wenn man auf Grund von einigen Reden im Nationalrat sich jetzt der Illusion hingibt, es sei bereits wieder alles schön und gut. Schön und gut wird alles erst dann wieder sein, wenn diejenigen, die im Fehler waren, ihren Fehler auch erkannt haben. Dass die Stunde aber kommen wird, wo dies der Fall ist — und zwar bald —, *den* Optimismus, glaube ich, dürfen wir in der Tat haben. —

Doch es ist noch eine andere Beobachtung, die mir heute die Feder zu einer Warnung vor falschem Optimismus in die Hand gedrückt hat. Sie betrifft zwar nicht speziell die Schweiz, aber sie hat für uns indirekt das allergrößte Interesse, denn sie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem, wonach heute die ganze Welt lechzt: Mit der Aussicht auf eine Beendigung der heutigen Menschenschlächterei, die sich Krieg nennt.

Ich habe bereits in *Wissen und Leben* vom 1. August 1917 darauf hingewiesen, welches Hindernis für die Friedensverhandlungen in dem Verhalten der deutschen Regierung und in der Mentalität der von ihr abhängigen deutschen Bevölkerung gelegen ist, und habe dort betont, dass man die Anzeichen, die auf ein allmähliches Erwachen der letzteren hindeuten, in ihrer Bedeutung für die *heutige* Stunde keinesfalls überschätzen dürfe. Auf diesen Punkt möchte ich nun heute nochmals mit einigen Worten zurückkommen, weil man gerade in dieser Beziehung jetzt häufig einem Optimismus begegnet, den man im Hinblick auf die Friedens-

möglichkeiten tatsächlich nicht anders als im höchsten Grade gefährlich bezeichnen kann. Es heißt eben auch hier, den wirklichen Tatsachen lieber offen ins Auge sehen, statt sie schöner zu färben, als sie wirklich sind.

Im Vordergrunde steht für unsere Betrachtung offenbar die Frage, ob und inwieweit der demokratische Gedanke im heutigen Deutschland zu einem wirklichen Machtfaktor geworden ist und welche Bedeutung anderseits dort den Bestrebungen der Alldeutschen zukommt. Wobei man natürlich unter Alldeutschen nicht nur die Mitglieder des „Alldeutschen Verbandes", sondern *alle* nationalistischen Kreise, Imperialisten, Militaristen und sonstige Schattierungen des deutschen Nationalismus von heute zu verstehen hat. Um den Optimismus, dem man bei der Beurteilung dieser Frage meist begegnet, richtig illustrieren zu können, muss ich dabei zunächst mit einigen Worten auf die Zeit *vor* diesem Kriege zu sprechen kommen. Ich kann mich bei dem, was ich darüber schreibe, durchaus auf persönliche Beobachtungen stützen, keineswegs nur auf bloßes Hörensagen oder auf die bloße Lektüre einiger Lieblingsblätter.

Es war in den demokratischen Kreisen Deutschlands vor diesem Kriege ganz allgemein üblich, die Alldeutschen als eine quantité négligeable darzustellen und zu behandeln. Man sprach nur verächtlich von einer kleinen Minderheit, die politisch nichts zu bedeuten habe. In linksliberalen Kreisen namentlich war man allen Tatsachen gegenüber, die doch deutlich genug das Gegenteil bewiesen, mit völliger Blindheit geschlagen. Man ignorierte dort die Propaganda, die von alldeutscher Seite in den letzten Jahren vor dem Kriege mit wachsender Heftigkeit eingesetzt hatte, nahezu vollständig. Man ließ die Herren vom Wehr- und Flottenverein und von den andern nationalistischen Verbänden reden und schreiben und verschloss sich der Tatsache, dass die Bevölkerung ihnen allenthalben zu Tausenden zujubelte. Man erkannte nicht, dass auch das liberale Bürgertum dadurch mehr und mehr in die Gedankengänge dieser Demagogen verstrickt wurde. Und am wenigsten legte man sich wohl davon Rechenschaft ab, wie sehr diese Propagandatätigkeit sogar bis in die Reihen der Linksliberalen selbst ihre Wirkungen bereits vor dem Kriege verspüren ließ. Waren doch die jüngeren linksliberalen Politiker auch ihrerseits meist durch die

Schule von Friedrich Naumann gegangen, der sich vom Demokraten immer mehr zum Nationalisten durchentwickelt hatte und in Fragen der auswärtigen Politik schon vor dem Kriege eine verhängnisvolle Rolle spielte. Diese Blindheit, die gerade in demokratischen Kreisen Deutschlands angesichts der wachsenden alldeutschen Gefahr bestand, war die Ursache, die mich im Jahre 1913 veranlasste, in meinem *Deutschen Chauvinismus* die Zeugnisse für das Vorhandensein dieser Gefahr einmal zusammenzustellen. Man *wollte* in deutschen demokratischen Kreisen diese Gefahr eben nicht sehen, weil man sich in einem gänzlich ungerechtfertigten Optimismus sonnte und glaubte, mit diesen „paar Alldeutschen" nötigenfalls jederzeit leicht fertig werden zu können.

Wie ungerechtfertigt und schädlich dieser Optimismus gewesen ist, hat der Ausbruch dieses Krieges zur Genüge bewiesen. Es bedarf darüber heute eigentlich keiner Worte mehr, oder sollte ihrer wenigstens nicht bedürfen. Denn dieser Krieg redet eine zu deutliche Sprache. Man sollte denken, die Optimisten von damals müssten heute eines Bessern belehrt sein. Sie haben es ja miterlebt, wohin diese alldeutsche Propaganda und die Tatsache ihrer Unterschätzung von der Gegenseite — zu der vor dem Kriege auch die deutsche Regierung gehörte — praktisch geführt hat. Sie haben es ja mitangesehen, wie das Alldeutschtum im Herbst 1914 über die Widerstände in der deutschen Regierung triumphiert hat. Man sollte daher denken, dass die Gefahr einer Unterschätzung dieses Alldeutschtums durch alle diese Tatsachen jetzt ein- für allemal endgiltig beseitigt sei. Denn darüber müssen sich die Optimisten von damals ja klar sein, dass das Alldeutschtum durch den Krieg zunächst nicht schwächer, sondern stärker geworden war, nachdem es im Jahre 1914 die Oberhand erhalten hatte.

Diese letztere Tatsache und die dadurch geschaffene Situation hat niemand mit feinerer Ironie geschildert, als seinerzeit Wilhelm Herzog in dem leider seither verbotenen *Forum,* vom Juli 1915. Er weist dort darauf hin, wie dieser Krieg den Alldeutschen eine Erfüllung ihrer Wünsche gebracht habe und wie man, wenn es diesen Kreisen, die den Krieg verursacht haben, gelinge, auch „den gesicherten Frieden" zu machen, auf den Ausbruch weiterer solcher „großer Zeiten" hoffen dürfe. Dem ersten punischen Krieg sei der zweite gefolgt. Schon heute höre man aus den Kreisen dieser alldeutschen,

die Zukunft vorausschauenden und zielsicheren Politiker, „dass wir weiteren schweren Auseinandersetzungen entgegengehen, dass wir noch viele Opfer werden bringen müssen, um das völkische Ziel zu erreichen, das uns gesteckt worden ist". Dieser Weltkrieg dürfe und werde nicht der letzte sein. „Abgesehen davon, dass ein Dauerfriede jeder naturwissenschaftlichen Erfahrung widerspräche, dass den Ausbruch eines Krieges nicht kleine Menschen verschulden, sondern nur die Natur selbst, die sich entladen muss; abgesehen also von der biologischen Begründung des Krieges:[1]) selbst wenn die Natur nicht wollte, um das völkische Ideal zu erreichen, um das Herrenvolk auf dieser Erde zu werden, müssen wir die Schrecknisse dieser Weltkriege auf uns nehmen... Aus dem alten Herrenvolk der Germanen wird dann ein Land der Götter erstehen . . , dank alldeutscher Zucht..... Wenn nicht alles trügt, wird dieser erste Weltkrieg keineswegs der letzte sein. Kann es nicht sein, solange die Anschauungen herrschen werden, die ihn heute rechtfertigen. Solange die Mentalität der Völker auf die Ideale des Krieges eingestellt sein muss. Der nächste Krieg kommt, sobald sich die Völker ihn aufzwingen lassen, durch Mangel an organisierter Vernunft mit derselben Sicherheit und mit derselben Konsequenz wie der erste.... Zwischen diesen Weltkriegen wird viel vom Recht zum Frieden, vom Segen des Friedens und von den Kulturaufgaben des Friedens geredet und geschrieben werden...." Dem Einfluss und der Macht dieser alldeutschen Politiker danken wir diese „große Zeit". *„In unserer Geringschätzung dieser Kräfte und in unserer eigenen Schwäche liegt unsere Schuld an diesem Krieg."*

Ja, in der Tat, die Geringschätzung dieser Kräfte ist ein Fehler gewesen, der sich bitter gerächt hat, für den die ganze Menschheit heute büßen muss. Sie war ein Fehler *vor* diesem Kriege und sie wäre es erst recht *in* diesem Kriege. Denn darüber besteht in der Tat nicht der geringste Zweifel, dass durch diesen Krieg, insbesondere infolge der Legende vom „ruchlosen Überfall", das Alldeutschtum eine ganz gewaltige Stärkung erfahren hat, dass nach Kriegsausbruch so ziemlich das *ganze* deutsche Volk im Bann der Kriegsmacher, der Chauvinisten lag. Rühmten sich doch die „Macher" dieses Krieges, die Alldeutschen, sogar noch der „Voraussicht",

---

[1]) (Vgl. den vorhergehenden Artikel von Paul Vogler! — *B.*)

die sie bewiesen hätten, und das deutsche Volk schenkte ihnen dabei blindlings Glauben. Die Berliner *Tägliche Rundschau* schrieb anlässlich des 25jährigen Bestehens des alldeutschen Verbandes 1916, dass derselbe „sich zu einer gewaltigen, schaffenden Macht unseres politischen Lebens entwickelte, der seinen Gegnern nicht nur seine Gedanken aufzwang, sondern ihnen vielfach auch *die Gesetze ihres Handelns vorschrieb.* Man hat ihn verlacht, geschmäht, verfolgt; aber seine Gedanken erwiesen sich als richtig, und heute, da er im Weltensturm auf sein 25-jähriges Wirken zurückblickt, kann er fast alle seine Gegner als „alldeutsch" ansprechen; denn dieser Krieg hat unser ganzes Volk alldeutsch fühlen und handeln gelehrt."

Als dann im Verlauf des Krieges eine Strömung sich trotzdem geltend zu machen begann, die aus der Sehnsucht des deutschen Volkes nach Frieden erwachsen war und die den alldeutschen Plänen gefährlich erschien, da setzte sofort die Agitation der Alldeutschen wieder mit verdoppelter Macht ein. Ihre neueste Gründung ist bekanntlich die „deutsche Vaterlandspartei", von der der Admiral von Tirpitz laut *Berliner Tageblatt* vom 9. Oktober 1917 schreibt, sie habe eine amtliche Protektion in keiner Weise nötig, da sie die Erledigung der Riesenzahl von Beitrittsanmeldungen aus allen Schichten und Parteien kaum zu bewältigen vermöge; sie sei eine Volksbewegung, die aus der Notwendigkeit der Zeit geboren sei und deren Wachsen den Beweis liefere, dass die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes hinter ihr stehe.

Sollte man es nun für möglich halten, dass angesichts aller dieser Tatsachen derselbe Optimismus, dem wir in demokratischen deutschen Kreisen bereits vor diesem Kriege begegnet sind, trotzdem auch heute noch fortdauert? Dass die Ereignisse dieses Krieges wirklich manche Leute immer noch nicht eines Bessern belehrt haben? Es fällt in der Tat schwer, an diese Möglichkeit zu glauben. Und doch begegnen wir einem solchen Optimismus, der, wenn man alles das, was auf dem Spiele steht, in Betracht zieht, in der Tat als für die Zukunft Europas ungemein gefährlich bezeichnet werden muss.

Ich will, um diesen Optimismus zu kennzeichnen, mich hier nur auf *ein* Beispiel beschränken, das ich wähle, weil der betreffende Verfasser auch Mitarbeiter dieser Zeitschrift ist und weil er

sich um die Aufklärung in der Wirrsal dieses Krieges sonst unbestreitbare Verdienste erworben hat. Aber gerade deshalb ist es doppelt notwendig, vor dem unberechtigten Optimismus, dem auch er huldigt, zu warnen. In der *Friedenswarte* vom August/September 1917 behandelt Hermann Fernau die Frage: „Ist das deutsche Volk demokratisch?“ Er gelangt zu dem Ergebnis, dass das deutsche und insonderheit das preußische Volk demokratisch denkt, liest und wählt. Es habe aber seit Kriegsausbruch keine Gelegenheit gehabt, eine freie Meinung zu äußern. Es sei aber tausend gegen eins zu wetten, dass heute 4/5 des deutschen Volkes die Demokratie im Sinne der russischen Revolution ersehnen, und es sei daher dringend notwendig, dass man sich in den Ententeländern endlich *von der durch nichts (!) gerechtfertigten Legende eines undemokratischen, servilen, militarisierten deutschen Volkes* losmache.

Für jemand, der das politische Deutschland zu kennen glaubt und der ganz zweifellos das heute herrschende politische System in Deutschland bekämpfen möchte, wie Fernau, ist das wirklich ein starkes Stück von Optimismus. Was er zur Begründung anführt, ist dabei nichts weniger als einleuchtend. Gewiss ist es richtig, dass das deutsche Volk um deswillen freudig in den Krieg gezogen ist, weil es an einen „Verteidigungskrieg“ glaubte. Das habe ich ja auch meinerseits betont. Aber das ändert doch nicht das geringste an der Tatsache, dass, *weil* dieses Volk an dieses Schlagwort glaubte, es eben gerade dadurch gänzlich in die Arme der Alldeutschen gefallen ist. Gerade so, wie es schon vor dem Kriege an die anderen Schlagworte, vom „unvermeidlichen Krieg“ etc., geglaubt hatte und dadurch mehr und mehr in das alldeutsche Fahrwasser geraten war. Die Tatsache des Einflusses der Alldeutschen wird dadurch doch nicht aus der Welt geschafft, dass sie sich nur auf eingebildete Schlagworte gründet.

Ebenso wenig beweisen aber auch die andern Argumente, die Fernau anführt, etwas für seine These. Die linksstehende Presse, die „demokratische Ideale verteidigt“, soll darnach drei Viertel aller deutschen politisch interessierten Leser und die rechtsstehende, die „königstreue und chauvinistische Tendenz“ vertritt, nur ein Viertel derselben umfassen. Ganz abgesehen davon nun, dass ich die Richtigkeit dieser Statistik bezweifle, so kommt es denn doch auch ein ganz klein wenig darauf an, in welchem *Geist*

denn diese angeblichen drei Viertel der deutschen Presse eigentlich redigiert werden und wie viel darin eigentlich von wirklicher Demokratie enthalten ist. Niemand kann z. B. behaupten, die *Frankfurter Zeitung,* so wie sie in diesem Kriege aufgetreten ist, sei noch ein demokratisches Blatt in dem Sinne, den wir hier allein gelten lassen können: demokratisch im vollen Sinne dieses Wortes und daher selbstverständlich auch Gegnerin des in Deutschland heute herrschenden Systems. Also wie viel von den angeblichen drei Vierteln von Fernau bleiben bei näherem Zusehen wohl bestehen?

Noch schlimmer steht es um das andere Argument Fernaus, dass die Mehrzahl der deutschen Wähler 1912 deutlich im Sinne der Demokratie gestimmt habe; von zwölf Millionen hätten kaum drei für die alldeutschen Parteien gestimmt. Daher dürfe man nicht behaupten, dass das deutsche Volk undemokratisch sei. Auch das ist, selbst wenn diese statistischen Zahlen stimmten, ein offenbarer Trugschluss. Wo sind denn die deutschen demokratischen Parteien in diesem Kriege? Wo sind denn die Leute, die sich immun vor den Suggestionen der Alldeutschen verhalten haben? Ich finde nur *eine* solche Partei, und das sind die unabhängigen Sozialisten, denen Fernau aber doch wohl kaum die Mehrheit des deutschen Volkes zuschreiben will.

Im übrigen aber sind auch die demokratischen Parteien Deutschlands in diesem Kriege nichts weniger als demokratisch aufgetreten. Ihre ganze Demokratie besteht für den Augenblick eigentlich nur darin, dass sie gerne Frieden haben möchten und sich dabei dem kindlichen Glauben hingeben, alles weitere werde sich dann nachher schon von selbst finden. Ich kann von den Konservativen an dieser Stelle natürlich ganz absehen. Aber nehmen wir einmal die Nationalliberalen, also die Partei, die die breiten Schichten des liberalen Bürgertums vertritt. Sie sind geradezu der Herd des Nationalismus und des Alldeutschtums und kommen als Demokraten in keiner Weise in Betracht. Ihr Liberalismus ist weiter nichts als eine historische Reminiszenz. Dafür hat vor allem ihr Führer Bassermann gesorgt, der mit zu den „Machern“ dieses Krieges gehört hat. Das Zentrum hat sich von alldeutschen Tendenzen zwar etwas mehr frei gehalten, aber zur Demokratie kann man es deshalb noch lange nicht rechnen. Kommen die Linksliberalen. Sie wollen

Demokraten sein, sind es aber deshalb noch keineswegs. Man verfolge nur das Auftreten ihrer Führer, der Herren v. Payer, Haußmann, Müller-Meiningen etc., im Reichstage und man wird sich ohne weiteres klar darüber sein, dass auch die deutschen linksliberalen Kreise heute von wirklicher Demokratie noch weit entfernt sind. Wenn sie auch die „Reichstagsresolution" unterzeichnet haben und für einen „Verständigungsfrieden", also gegen Annexionen, sind, so bedeutet das noch keineswegs, dass deshalb auch die übrigen Suggestionen aus alldeutscher Quelle an ihnen spurlos vorübergegangen wären. Von einem „Erwachen" merkt man auch bei ihnen im übrigen noch ganz und gar nichts. Dasselbe ist auch von den deutschen Mehrheitssozialisten zu sagen, deren schmählicher Umfall eines der traurigsten Kapitel in der Geschichte der deutschen Demokratie bildet. Also was bleibt von der Fernauschen „Mehrheit", wenn man die Sache bei Lichte betrachtet, denn eigentlich übrig? Ein verschwindender Bruchteil des deutschen Volkes, der heute noch in keiner Weise als irgendwie ausschlaggebend betrachtet werden kann.

Wie kann Fernau angesichts einer solchen Sachlage also verlangen, dass man sich „von der *durch nichts gerechtfertigten* Legende eines undemokratischen, servilen, militarisierten deutschen Volkes" losmachen soll? Leider handelt es sich da in Wirklichkeit eben keineswegs nur um eine Legende. Es sind *Anzeichen* eines *beginnenden* Erwachens des deutschen Volkes da, gewiss! Aber auch nicht mehr als das! Ich habe diese Anzeichen im August in *Wissen und Leben* geschildert. Sie berechtigen zu einem gewissen Optimismus mit Bezug auf die *Zukunft*, und die Entwicklung zur Demokratie kann durch die Ereignisse dieses Krieges je nachdem auch eine Beschleunigung erfahren. (Zu diesen beschleunigenden Ereignissen würde allerdings ein deutscher Sieg nicht gehören.) Das ist aber auch alles. Inzwischen ist die Behauptung, dass das deutsche Volk im ganzen undemokratisch sei, also keineswegs unberechtigt. Die Ausnahmen bestätigen auch hier lediglich die Regel. Dass Fernau darüber anders denkt, kann ich mir nur dadurch erklären, dass er in den Jahren vor dem Kriege außerhalb Deutschlands gelebt hat und daher die neueren geistigen Strömungen dort nicht aus eigener Anschauung kennt. So gelangt er zu einem Urteil, das er sich nach der Theorie und

nach seinen eigenen Wünschen zurechtkonstruiert hat, das aber den wirklichen Verhältnissen in keiner Weise entspricht.[1])

Wie will man aber überhaupt eine demokratische Gesinnung in einem Volke auf Grund von bloßen statistischen Berechnungen nach der Parteizugehörigkeit etc. feststellen? Das ist gerade so verkehrt, wie wenn man glauben wollte, dass demokratische Institutionen allein auch schon ein demokratisches Volk ausmachen. Es ist das einer der unseligsten Irrtümer, die man in der heutigen Stunde, in der eine neue Welt geboren werden soll, begehen kann. Worauf es ankommt, das ist nicht die *Form,* sondern der *Geist.* Parteiprogramme können eine wahrhaft demokratische Gesinnung ebenso wenig erzeugen, wie ein Wahlrecht oder eine sonstige Verfassungsänderung sie schon ohne weiteres in ihrem Inneren zu bergen vermag. Worauf es ankommt, das ist einzig und allein der Geist und den kann man nicht künstlich erzeugen. Dieser Tatsache hat Egger in seiner Schrift über *Die Freiheitsidee in der Gegenwart* vortrefflich Ausdruck gegeben. Dass dieser wahrhaft demokratische und freiheitliche Geist in dem heutigen Deutschland zur Stunde noch fehlt, davon kann man sich aber, wenn man es wirklich noch nicht wissen sollte, beinahe täglich überzeugen. Man braucht dazu nur die Verhandlungen des deutschen Reichstages zu lesen, allerdings in extenso, nicht à la Bureau Wolff frisiert. Wer sich vor dieser unbestreitbaren Tatsache aber trotzdem verschließt, der gehört eben nun einmal zu den Optimisten, vor denen ich oben gewarnt habe, zu den Leuten, bei denen der Wunsch auch der Vater des Gedankens ist.

Ich glaube an diesem Beispiel gezeigt zu haben, dass man sich vor einem unberechtigten Optimismus mit Bezug auf die Mentalität des deutschen Volkes heute hüten muss. Man darf sich und Anderen einen solchen Optimismus auch nicht etwa zu dem Zwecke suggerieren, um auf diesem Wege *die Friedensverhandlungen zu beschleunigen.* Denn ein solches Vorgehen würde eine große Gefahr in sich bergen: die Dauerhaftigkeit des künftigen Friedens würde ganz gewiss darunter leiden, wenn man beim Ab-

[1]) In der *Freien Zeitung* vom 17. Oktober 1917 wird vor Optimismus mit Bezug auf die Demokratie in Deutschland ebenfalls gewarnt: „Wer sich vor voreiligen Schlüssen in der Beurteilung der Aussichtsmöglichkeiten des deutschen Parlamentarismus hüten will, tut wohl, an dieser Dekadenz der deutschen Politiker nicht achtlos vorüberzugehen“.

schluss desselben von irgendwelchen falschen Voraussetzungen oder trügerischen Hoffnungen ausgehen wollte. Den wirklichen Tatsachen überall ungescheut ins Auge sehen, und mögen sie auch noch so unangenehm sein, das allein kann eine Garantie für den künftigen Frieden bieten. —

Vielleicht wird man von mir erwarten, dass ich in diesem Zusammenhang auch noch vor einem anderen Optimismus warne, nämlich vor einer allzu optimistischen Wertung der letzten Erklärungen der deutschen Regierung. Aber ist dies wirklich nötig? Es hat freilich nicht an Leuten gefehlt, die an manche Reden des verflossenen Herrn von Bethmann-Hollweg und seines Nachfolgers die weitgehendsten Hoffnungen geknüpft haben. Auch kürzlich noch hat die Antwort der deutschen Regierung auf die Papstnote wieder zu solchen Hoffnungen Anlass gegeben. Aber gleichzeitig musste man bemerken, dass das Verhalten dieser Regierung im Innern den nach außen hin abgegebenen Erklärungen in keiner Weise entsprach. Die Regierung schien ihren eigenen Worten vielfach entgegenzuhandeln. Das hat man kürzlich sogar im deutschen Reichstag festgestellt. Der Abgeordnete Haas hat dort darauf hingewiesen, es gehe doch nicht, dass der Reichskanzler sich für den Verständigungsfrieden ausspreche, während der Kriegsminister öffentlich die entgegengesetzte Meinung vertrete. Man könne doch nicht dem Ausland gegenüber eine andere Politik treiben als im Inland.[1]) Das *Journal de Genève* vom 25. September 1917 schrieb angesichts dieser Zustände daher mit Recht: „Amour de la paix, désarmement, arbitrage, articles d'exportation à l'usage des papes; guerre, armements, force perfectionnée, articles du programme intérieur, à l'usage des empereurs allemands. Toute l'Allemagne contemporaine est dans ce visage à double face."

Man müsste in der Tat politisch gänzlich blind sein, um nicht zu erkennen, dass da ein Doppelspiel getrieben wird. Eine Warnung vor einem so weit gehenden Optimismus, der an die Erklärungen der heutigen deutschen Regierung Hoffnungen auf eine Herrschaft des Pacifismus auf Erden knüpfen würde, erscheint mir daher heute wirklich nicht mehr nötig. Die beste Antwort, die Herrn Michaelis und seinem Helferich zuteil werden konnte, hat

[1]) Man lese dazu auch den Artikel von Theodor Wolff im *Berliner Tageblatt* vom 8. Oktober d. J.

wohl Präsident Wilson gegeben, als er erklärte, er könne das Wort der gegenwärtigen Beherrscher Deutschlands nicht als Garantie für etwas annehmen, das von Dauer sein solle. So lange sich die deutsche Regierung nicht entschließt, ein *offenes,* unzweideutiges Spiel zu spielen, wird sie eben in der Welt auch kein Vertrauen finden und Friedensverhandlungen dadurch unmöglich machen. Es mag sein, dass es Optimisten gibt, die auch das nicht einsehen, aber diese sind in meinen Augen in der Tat ungefährlich, so dass man vor ihnen heute kaum noch besonders zu warnen braucht. —

Doch ich möchte diesen Artikel nicht gerade mit dem Ausblick auf einen solchen hoffnungslosen Optimismus schließen, da es, wie ich schon zu Anfang hervorgehoben habe, heute auch Anlass zu berechtigtem Optimismus gibt. Dieser berechtigte Optimismus gründet sich darauf, dass dieser furchtbare Krieg nicht umsonst gekämpft sein kann und dass man aus den Lehren dieses Krieges die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen wissen wird. Die Worte des Präsidenten Wilson namentlich lassen die Hoffnung berechtigt erscheinen, dass das neue Europa sich auf gänzlich andern Grundlagen aufbauen wird, als das vorkriegszeitliche. *Den* Optimismus, dass dem auch wirklich so sein werde, wollen wir mit ganzem Herzen festhalten! Er soll uns bei allem, was die Ereignisse dieses Krieges künftig noch bringen mögen, die feste Richtschnur sein! —

THUN O. NIPPOLD

□□□

PENSÉES DÉTACHÉES

Les rois ont le jour, les peuples ont le lendemain.

*

L'ordre sous la tyrannie, c'est, dit Alfieri quelque part, une vie sans âme.

*

Une guerre générale éclatera quelque jour en Europe, la guerre des royaumes contre les patries.

*

Tout ce qui se fait maintenant dans l'ordre politique n'est qu'un pont de bateaux. Cela sert à passer d'une rive à l'autre. Mais cela n'a pas de racines dans le fleuve d'idées qui coule dessous et qui a emporté dernièrement le vieux pont de pierre des Bourbons.

*

Une révolution est la larve d'une civilisation.

V. Hugo, *Littérature et philosophie mêlées.* 1834. (Ecrit en 1830.)